

Protokoll zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit fester Plattformen, die sich auf dem Festlandsockel befinden²

Abgeschlossen in Rom am 10. März 1988

Von der Bundesversammlung genehmigt am 28. September 1992³

Schweizerische Ratifikationsurkunde hinterlegt am 12. März 1993

In Kraft getreten für die Schweiz am 10. Juni 1993

(Stand am 11. August 2016)

Die Vertragsstaaten dieses Protokolls –

als Vertragsparteien des Übereinkommens zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt⁴,

in der Erkenntnis, dass die Gründe für die Ausarbeitung des Übereinkommens auch hinsichtlich fester Plattformen, die sich auf dem Festlandsockel befinden, zutreffen, unter Berücksichtigung der Bestimmungen des genannten Übereinkommens,

in Bekräftigung des Grundsatzes, dass für Fragen, die in diesem Protokoll nicht geregelt sind, weiterhin die Regeln und Grundsätze des allgemeinen Völkerrechts gelten –

sind wie folgt übereingekommen:

Art. 1

1. Artikel 1 Absatz 1 Buchstaben c, d, e, f, g und h sowie Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe a, die Artikel 2^{bis}, 5, 5^{bis} und 7 sowie die Artikel 10–16 einschliesslich der Artikel 11^{bis}, 11^{ter} und 12^{bis} des Übereinkommens zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt in seiner durch das Protokoll von 2005 zum Übereinkommen zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt geänderten Fassung finden sinngemäss auch auf die in den Artikeln 2, 2^{bis} und 2^{ter} dieses Protokolls genannten Straftaten Anwendung, wenn diese auf festen Plattformen, die sich auf dem Festlandsockel befinden, oder gegen solche festen Plattformen begangen werden.⁵

AS **1993** 1923; BBl **1992** II 1561

¹ Übersetzung des französischen Originaltexts.

² Die Änd. vom 14. Okt. 2005 (SR **0.747.711.1**; AS **2010** 3345) sind im vorliegenden Text eingebaut, gelten aber nur im Verhältnis zu jenen Staaten, die ihnen beigetreten sind. Siehe deshalb ihren eigenen Geltungsbereich

³ Art. 1 Abs. 1 Bst. B des BB vom 28. Sept. 1992 (AS **1993** 1909).

⁴ SR **0.747.71**

⁵ Fassung gemäss Art. 2 des Prot. vom 14. Okt. 2005, von der BVers genehmigt am 13. Juni 2008 und in Kraft getreten für die Schweiz am 28. Juli 2010 (AS **2010** 3345 3343; BBl **2008** 1153).

2. In Fällen, in denen dieses Protokoll nicht nach Absatz 1 Anwendung findet, ist es dennoch anzuwenden, wenn der Täter oder der Verdächtige im Hoheitsgebiet eines anderen Vertragsstaats als des Staates, in dessen inneren Gewässern oder Küstensee sich die feste Plattform befindet, aufgefunden wird.

3. Im Sinne dieses Protokolls bezeichnet der Ausdruck «feste Plattform» eine künstliche Insel, eine Anlage oder ein Bauwerk, die zum Zweck der Erforschung oder Ausbeutung von Ressourcen oder zu anderen wirtschaftlichen Zwecken dauerhaft am Meeresboden befestigt sind.

Art. 2

1. Eine Straftat begeht, wer widerrechtlich und vorsätzlich

- a) durch Gewalt oder Drohung mit Gewalt oder durch eine andere Form der Einschüchterung eine feste Plattform in Besitz nimmt oder die Herrschaft darüber ausübt oder
- b) eine gewalttätige Handlung gegen eine Person auf einer festen Plattform verübt, wenn diese Handlung geeignet ist, die Sicherheit dieser Plattform zu gefährden, oder
- c) eine feste Plattform zerstört oder ihr eine Beschädigung zufügt, die geeignet ist, ihre Sicherheit zu gefährden, oder
- d)⁶ auf eine feste Plattform auf welche Art auch immer eine Vorrichtung oder eine andere Sache bringt oder bringen lässt, die geeignet ist, die feste Plattform zu zerstören oder ihre Sicherheit zu gefährden.
- e)⁷ ...

2. Eine Straftat begeht auch, wer droht, eine der in Absatz 1 Buchstaben b und c genannten Straftaten zu begehen, sofern diese Drohung geeignet ist, die Sicherheit der festen Plattform zu gefährden, gleichviel ob die Drohung nach innerstaatlichem Recht mit einer Bedingung verknüpft ist, die darauf abzielt, eine natürliche oder juristische Person zu einem Tun oder Unterlassen zu nötigen.⁸

Art. 2^{bis}⁹

Eine Straftat im Sinne dieses Protokolls begeht, wer widerrechtlich und vorsätzlich zum Zweck einer Handlung, die aufgrund ihres Wesens oder der Umstände darauf

⁶ Fassung gemäss Art. 3 Abs. 1 des Prot. vom 14. Okt. 2005, von der BVers genehmigt am 13. Juni 2008 und in Kraft getreten für die Schweiz am 28. Juli 2010 (AS **2010** 3345 3343; BBI **2008** 1153).

⁷ Aufgehoben durch Art. 3 Abs. 2 des Prot. vom 14. Okt. 2005, von der BVers genehmigt am 13. Juni 2008 und mit Wirkung für die Schweiz am 28. Juli 2010 (AS **2010** 3345 3343; BBI **2008** 1153).

⁸ Fassung gemäss Art. 3 Abs. 3 des Prot. vom 14. Okt. 2005, von der BVers genehmigt am 13. Juni 2008 und in Kraft getreten für die Schweiz am 28. Juli 2010 (AS **2010** 3345 3343; BBI **2008** 1153).

⁹ Eingefügt durch Art. 4 Abs. 2 des Prot. vom 14. Okt. 2005, von der BVers genehmigt am 13. Juni 2008 und in Kraft getreten für die Schweiz am 28. Juli 2010 (AS **2010** 3345 3343; BBI **2008** 1153).

abzielt, eine Bevölkerung einzuschüchtern oder eine Regierung oder eine internationale Organisation zu einem Tun oder Unterlassen zu nötigen:

- a) Sprengsätze, radioaktives Material oder biologische, chemische oder Kernwaffen in einer Weise gegen eine feste Plattform oder auf einer festen Plattform einsetzt oder von einer festen Plattform aus auslöst, die den Tod, schwere Verletzungen oder Schäden verursacht oder zu verursachen geeignet ist; oder
- b) Öl, verflüssigtes Erdgas oder einen anderen gefährlichen oder schädlichen Stoff, der von Buchstabe a nicht erfasst ist, in einer Menge oder Konzentration von einer festen Plattform aus einleitet, die den Tod oder schwere Verletzungen oder Schäden verursacht oder zu verursachen geeignet ist; oder
- c) droht, eine unter Buchstabe a oder b genannte Straftat zu begehen, gleichviel ob die Drohung nach innerstaatlichem Recht mit einer Bedingung verknüpft ist.

Art. 2^{ter10}

Eine Straftat im Sinne dieses Protokolls begeht auch, wer:

- a) widerrechtlich oder vorsätzlich im Zusammenhang mit der Begehung einer der in Artikel 2 Absatz 1 oder Artikel 2^{bis} genannten Straftaten eine Person verletzt oder tötet; oder
- b) eine in Artikel 2 Absatz 1, Artikel 2^{bis} Absatz 1 oder 2 oder unter Buchstabe a des vorliegenden Artikels genannte Straftat zu begehen versucht; oder
- c) als Mittäter oder Gehilfe an einer in Artikel 2 oder 2^{bis} oder unter Buchstabe a oder b des vorliegenden Artikels genannten Straftat teilnimmt; oder
- d) eine in Artikel 2 oder 2^{bis} oder unter Buchstabe a oder b des vorliegenden Artikels genannte Straftat organisiert oder andere Personen anweist, eine solche Straftat zu begehen; oder
- e) zur Begehung einer oder mehrerer der in Artikel 2 oder 2^{bis} oder unter Buchstabe a oder b des vorliegenden Artikels genannten Straftaten durch eine Gruppe von mit einem gemeinsamen Ziel handelnden Personen beiträgt, und zwar vorsätzlich sowie entweder:
 - i) zu dem Zweck, die kriminelle Tätigkeit oder das kriminelle Ziel der Gruppe zu fördern, wenn die Tätigkeit oder das Ziel die Begehung einer in Artikel 2 oder 2^{bis} genannten Straftat zur Folge hat, oder
 - ii) in Kenntnis des Vorsatzes der Gruppe, eine in Artikel 2 oder 2^{bis} genannte Straftat zu begehen.

¹⁰ Eingefügt durch Art. 4 Abs. 2 des Prot. vom 14. Okt. 2005, von der BVers genehmigt am 13. Juni 2008 und in Kraft getreten für die Schweiz am 28. Juli 2010 (AS 2010 3345 3343; BBl 2008 1153).

Art. 3¹¹

1. Jeder Vertragsstaat trifft die notwendigen Massnahmen, um seine Gerichtsbarkeit über die in den Artikeln 2, 2^{bis} und 2^{ter} genannten Straftaten zu begründen, wenn die Straftat begangen wird:

- a) gegen eine feste Plattform, während sie sich auf dem Festlandssockel dieses Staates befindet, oder auf einer solchen festen Plattform; oder
- b) von einem Angehörigen dieses Staates.

2. Ein Vertragsstaat kann seine Gerichtsbarkeit über eine solche Straftat auch begründen,

- a) wenn sie von einem Staatenlosen begangen wird, der seinen gewöhnlichen Aufenthalt in diesem Staat hat; oder
- b) wenn bei ihrer Begehung ein Angehöriger dieses Staates festgehalten, bedroht, verletzt oder getötet wird; oder
- c) wenn sie mit dem Ziel begangen wird, diesen Staat zu einem Tun oder Unterlassen zu nötigen.

3. Jeder Vertragsstaat, der seine Gerichtsbarkeit nach Absatz 2 begründet hat, notifiziert dies dem Generalsekretär. Hebt der Vertragsstaat diese Gerichtsbarkeit später wieder auf, so notifiziert er dies dem Generalsekretär.¹²

4. Jeder Vertragsstaat trifft die notwendigen Massnahmen, um seine Gerichtsbarkeit über die in den Artikeln 2, 2^{bis} und 2^{ter} genannten Straftaten für den Fall zu begründen, dass der Verdächtige sich in seinem Hoheitsgebiet befindet und er den Verdächtigen nicht an einen der Vertragsstaaten ausliefert, die in Übereinstimmung mit den Absätzen 1 und 2 des vorliegenden Artikels ihre Gerichtsbarkeit begründet haben.¹³

5. Dieses Protokoll schliesst eine Strafgerichtsbarkeit, die nach innerstaatlichem Recht ausgeübt wird, nicht aus.

Art. 4

Dieses Protokoll lässt die Regeln des Völkerrechts über feste Plattformen, die sich auf dem Festlandssockel befinden, unberührt.

¹¹ Fassung gemäss Art. 5 Abs. 1 des Prot. vom 14. Okt. 2005, von der BVerh. genehmigt am 13. Juni 2008 und in Kraft getreten für die Schweiz am 28. Juli 2010 (AS **2010** 3345 3343; BBl **2008** 1153).

¹² Fassung gemäss Art. 5 Abs. 2 des Prot. vom 14. Okt. 2005, von der BVerh. genehmigt am 13. Juni 2008 und in Kraft getreten für die Schweiz am 28. Juli 2010 (AS **2010** 3345 3343; BBl **2008** 1153).

¹³ Fassung gemäss Art. 5 Abs. 3 des Prot. vom 14. Okt. 2005, von der BVerh. genehmigt am 13. Juni 2008 und in Kraft getreten für die Schweiz am 28. Juli 2010 (AS **2010** 3345 3343; BBl **2008** 1153).

Art. 4^{bis} 14 Schlussklauseln des Protokolls von 2005 zur Bekämpfung
widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit fester
Plattformen, die sich auf dem Festlandssockel befinden

Die Schlussklauseln des Protokolls von 2005 zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit fester Plattformen, die sich auf dem Festlandssockel befinden, sind die Artikel 8–13 des Protokolls von 2005 zum Protokoll von 1988 zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit fester Plattformen, die sich auf dem Festlandssockel befinden. Bezugnahmen auf Vertragsstaaten im vorliegenden Protokoll gelten als Bezugnahmen auf Vertragsstaaten des Protokolls von 2005.

Art. 5

1. Dieses Protokoll liegt am 10. März 1988 in Rom und vom 14. März 1988 bis zum 9. März 1989 am Sitz der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation (im folgenden als «Organisation» bezeichnet) für jeden Staat, der das Übereinkommen unterzeichnet hat, zur Unterzeichnung auf. Danach steht es zum Beitritt offen.
2. Die Staaten können ihre Zustimmung, durch dieses Protokoll gebunden zu sein, ausdrücken,
 - a) indem sie es ohne Vorbehalt der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnen; oder
 - b) indem sie es vorbehaltlich der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnen und später ratifizieren, annehmen oder genehmigen; oder
 - c) indem sie ihm beitreten.
3. Die Ratifikation, die Annahme, die Genehmigung oder der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer entsprechenden Urkunde beim Generalsekretär.
4. Nur ein Staat, der das Übereinkommen ohne Vorbehalt der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnet oder der es ratifiziert, angenommen oder genehmigt hat oder ihm beigetreten ist, kann Vertragspartei dieses Protokolls werden.

Art. 6

1. Dieses Protokoll tritt 90 Tage nach dem Tag in Kraft, an dem drei Staaten es ohne Vorbehalt der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnet oder eine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde hinterlegt haben. Dieses Protokoll tritt jedoch nicht vor dem Inkrafttreten des Übereinkommens in Kraft.
2. Für einen Staat, der eine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde zu diesem Protokoll hinterlegt, nachdem die Bedingungen für sein

¹⁴ Eingefügt durch Art. 7 Abs. 3 des Prot. vom 14. Okt. 2005, von der BVers genehmigt am 13. Juni 2008 und in Kraft getreten für die Schweiz am 28. Juli 2010 (AS **2010** 3345 3343; BBl **2008** 1153).

Inkrafttreten erfüllt sind, wird die Ratifikation, die Annahme, die Genehmigung oder der Beitritt 90 Tage nach der Hinterlegung wirksam.

Art. 7

1. Dieses Protokoll kann von jedem Vertragsstaat jederzeit nach Ablauf eines Jahres nach dem Tag des Inkrafttretens des Protokolls für den betreffenden Staat gekündigt werden.
2. Die Kündigung erfolgt durch Hinterlegung einer Kündigungsurkunde beim Generalsekretär.
3. Eine Kündigung wird ein Jahr oder einen gegebenenfalls in der Kündigungsurkunde angegebenen längeren Zeitabschnitt nach Eingang der Kündigungsurkunde beim Generalsekretär wirksam.
4. Eine Kündigung des Übereinkommens durch einen Vertragsstaat gilt als Kündigung dieses Protokolls durch den betreffenden Vertragsstaat.

Art. 8

1. Die Organisation kann eine Konferenz zur Revision oder Änderung dieses Protokolls einberufen.
2. Der Generalsekretär beruft eine Konferenz der Vertragsstaaten dieses Protokolls zur Revision oder Änderung des Protokolls ein, wenn ein Drittel der Vertragsstaaten oder fünf Vertragsstaaten, je nachdem, welche Zahl grösser ist, dies verlangen.
3. Jede nach Inkrafttreten einer Änderung dieses Protokolls hinterlegte Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde gilt für das Protokoll in seiner geänderten Fassung.

Art. 9

1. Dieses Protokoll wird beim Generalsekretär hinterlegt.
2. Der Generalsekretär
 - a) unterrichtet alle Staaten, die dieses Protokoll unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind, sowie alle Mitglieder der Organisation über
 - i) jede neue Unterzeichnung oder Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde sowie den jeweiligen Zeitpunkt,
 - ii) den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Protokolls,
 - iii) die Hinterlegung jeder Kündigungsurkunde zu diesem Protokoll sowie den Zeitpunkt, zu dem sie eingegangen ist, und den Zeitpunkt, zu dem die Kündigung wirksam wird,
 - iv) den Eingang jeder Erklärung oder Notifikation nach diesem Protokoll oder dem Übereinkommen, die sich auf dieses Protokoll bezieht;
 - b) übermittelt allen Staaten, die dieses Protokoll unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind, beglaubigte Abschriften des Protokolls.

3. Sogleich nach Inkrafttreten dieses Protokolls übermittelt der Depositär dem Generalsekretär der Vereinten Nationen eine beglaubigte Abschrift zur Registrierung und Veröffentlichung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen¹⁵.

Art. 10

Dieses Protokoll ist in einer Urschrift in arabischer, chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache abgefasst, wobei jeder Wortlaut gleichermassen verbindlich ist.

Zu Urkund dessen haben die von ihren Regierungen hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Protokoll unterschrieben.

Geschehen zu Rom am 10. März 1988

(Es folgen die Unterschriften)

Geltungsbereich am 11. August 2016¹⁶

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolge- erklärung (N)	Inkrafttreten
Afghanistan	23. September 2003 B	22. Dezember 2003
Ägypten*	8. Januar 1993	8. April 1993
Albanien	19. Juni 2002 B	17. September 2002
Algerien	30. Juni 2006 B	28. September 2006
Andorra	17. Juli 2006 B	15. Oktober 2006
Antigua und Barbuda	12. Oktober 2009 B	10. Januar 2010
Äquatorialguinea	14. Januar 2004 B	13. April 2004
Argentinien	26. November 2003	24. Februar 2004
Armenien	8. Juni 2005 B	6. September 2005
Aserbaidzhan	26. Januar 2004 B	25. April 2004
Australien	19. Februar 1993 B	20. Mai 1993
Bahamas	25. Oktober 2005	23. Januar 2006
Bahrain	21. Oktober 2005 B	19. Januar 2006
Bangladesch	9. Juni 2005 B	7. September 2005
Barbados	6. Mai 1994 B	4. August 1994
Belarus	4. Dezember 2002 B	4. März 2003
Belgien	11. April 2005	10. Juli 2005
Benin	31. August 2006 B	29. November 2006
Bolivien	13. Februar 2002 B	14. Mai 2002
Bosnien und Herzegowina	28. Juli 2003 B	26. Oktober 2003
Botsuana	14. September 2000 B	13. Dezember 2000
Brasilien*	25. Oktober 2005	23. Januar 2006
Brunei	4. Dezember 2003	3. März 2004
Bulgarien	8. Juli 1999	6. Oktober 1999
Burkina Faso	15. Januar 2004 B	14. April 2004
Chile	22. April 1994	21. Juli 1994
China*	20. August 1991	1. März 1992
Costa Rica	25. März 2003	23. Juni 2003
Côte d'Ivoire	23. März 2012 B	21. Juni 2012
Dänemark*	25. August 1995	23. November 1995
Deutschland	6. November 1990 B	1. März 1992
Dominica	12. Oktober 2004 B	10. Januar 2005
Dominikanische Republik	12. August 2009 B	10. November 2009
Dschibuti	9. Juni 2004 B	7. September 2004
Ecuador	10. März 2003 B	8. Juni 2003
El Salvador	7. Dezember 2000 B	7. März 2001
Estland	28. Januar 2004 B	27. April 2004
Fidschi	21. Mai 2008 B	19. August 2008

¹⁶ AS 1993 1923, 2002 3839, 2004 2755, 2005 4441, 2008 101, 2010 2297, 2014 765, 2016 2961. Eine aktualisierte Fassung des Geltungsbereiches findet sich auf der Internetseite des EDA (www.eda.admin.ch/vertraege).

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolge- erklärung (N)		Inkrafttreten	
Finnland	28. April	2000 B	27. Juli	2000
Frankreich*	2. Dezember	1991	1. März	1992
Georgien	1. August	2006 B	9. November	2006
Ghana	1. November	2002 B	30. Januar	2003
Grenada	9. Januar	2002 B	9. April	2002
Griechenland	11. Juni	1993	9. September	1993
Guatemala	26. August	2009 B	24. November	2009
Guinea	1. Februar	2005 B	2. Mai	2005
Guinea-Bissau	14. Oktober	2008 B	12. Januar	2009
Guyana	30. Januar	2003 B	30. April	2003
Honduras	17. Mai	2005 B	15. August	2005
Indien	15. Oktober	1999 B	13. Januar	2000
Iran*	30. Oktober	2009 B	28. Januar	2010
Irland	10. September	2004 B	9. Dezember	2004
Island	28. Mai	2002 B	26. August	2002
Israel	6. Januar	2009	6. April	2009
Italien	26. Januar	1990	1. März	1992
Jamaika*	19. August	2005	17. November	2005
Japan	24. April	1998 B	23. Juli	1998
Jemen	30. Juni	2000 B	28. September	2000
Jordanien	2. Juli	2004	30. September	2004
Kambodscha	18. August	2006 B	16. November	2006
Kanada	18. Juni	1993	16. September	1993
Kap Verde	3. Januar	2003 B	3. April	2003
Kasachstan	24. November	2003 B	24. Februar	2004
Katar	18. September	2003 B	17. Dezember	2003
Kenia	21. Januar	2002 B	21. April	2002
Kiribati	17. November	2005 B	16. Februar	2006
Komoren	6. März	2008 B	4. Juni	2008
Kongo (Kinshasa)	28. Mai	2015 B	26. August	2015
Korea (Süd-)	10. Juni	2003	8. September	2003
Kroatien	18. März	2005 B	16. November	2005
Kuba*	20. November	2001 B	18. Februar	2002
Kuwait	30. Juni	2003 B	28. September	2003
Laos	20. März	2012 B	18. Juni	2012
Lesotho	25. Juni	2013 B	23. September	2013
Lettland	4. Dezember	2002 B	4. März	2003
Libanon	16. Dezember	1994 B	16. März	1995
Liberia	5. Oktober	1995	3. Januar	1996
Libyen	8. August	2002 B	6. November	2002
Liechtenstein	8. November	2002 B	6. Februar	2003
Litauen	30. Januar	2003 B	30. April	2003
Luxemburg	5. Januar	2011 B	5. April	2011

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolge- erklärung (N)		Inkrafttreten	
Madagaskar	15. September	2006 B	14. Dezember	2006
Malawi	10. Januar	2014 B	10. April	2014
Malediven	25. Februar	2014 B	26. Mai	2014
Mali	29. April	2002 B	28. Juli	2002
Malta	20. November	2001 B	18. Februar	2002
Marokko	8. Januar	2002	8. April	2002
Marshallinseln	16. Oktober	1995 B	14. Januar	1996
Mauretanien	17. Januar	2008	16. April	2008
Mauritius	3. August	2004 B	1. November	2004
Mazedonien	5. August	2007 B	5. November	2007
Mexiko*	13. Mai	1994 B	11. August	1994
Moldau*	11. Oktober	2005 B	9. Januar	2006
Monaco	25. Januar	2002 B	25. April	2002
Mongolei	22. November	2005 B	20. Februar	2006
Montenegro	3. Juni	2006 N	3. Juni	2006
Mosambik	8. Januar	2003 B	8. April	2003
Myanmar	19. September	2003 B	18. Dezember	2003
Namibia	7. September	2005 B	6. Dezember	2005
Nauru	11. August	2005 B	9. November	2005
Neuseeland	10. Juni	1999	8. September	1999
Nicaragua	4. Juli	2007 B	2. Oktober	2007
Niederlande*	5. März	1992	3. Juni	1992
Niger	30. August	2006 B	28. November	2006
Nigeria	18. Juni	2015	18. September	2015
Niue	22. Juni	2009 B	20. September	2009
Norwegen	18. April	1991	1. März	1992
Oman	24. September	1990 B	1. März	1992
Österreich	28. Dezember	1989 B	1. März	1992
Pakistan	20. September	2000 B	19. Dezember	2000
Palau	4. Dezember	2001 B	4. März	2002
Panama	3. Juli	2002 B	1. Oktober	2002
Paraguay	12. November	2004 B	10. Februar	2005
Peru	19. Juli	2001 B	17. Oktober	2001
Philippinen	6. Januar	2004	5. April	2004
Polen	25. Juni	1991	1. März	1992
Portugal	5. Januar	1996 B	4. April	1996
Rumänien	2. Juni	1993 B	31. August	1993
Russland	4. Mai	2001	2. August	2001
San Marino	15. Dezember	2014 B	15. März	2015
São Tomé und Príncipe	5. Mai	2006 B	3. August	2006
Saudi-Arabien	2. Februar	2006	3. Mai	2006
Schweden	13. September	1990	1. März	1992
Schweiz	12. März	1993	10. Juni	1993
Senegal	9. August	2004 B	7. November	2004

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolge- erklärung (N)		Inkrafttreten	
Serbien	2. März	2005 B	31. Mai	2005
Seychellen	24. Januar	1989	1. März	1992
Singapur	12. August	2015 B	10. November	2015
Slowakei	8. Dezember	2000 B	8. März	2000
Slowenien	18. Juli	2003 B	16. Oktober	2003
Spanien	7. Juli	1989	1. März	1992
St. Lucia	20. Mai	2004 B	18. August	2004
St. Vincent und die Grenadinen	9. Oktober	2001 B	7. Januar	2002
Sudan	22. Mai	2000 B	20. August	2000
Südafrika	8. Juli	2005 B	6. Oktober	2005
Swasiland	17. April	2003 B	16. Juli	2003
Syrien	24. März	2003 B	22. März	2003
Tadschikistan	12. August	2005 B	10. November	2005
Togo	10. März	2003 B	8. Juni	2003
Tonga	6. Dezember	2002 B	6. März	2003
Trinidad und Tobago	27. Juli	1989 B	1. März	1992
Tschechische Republik	10. Dezember	2004	10. März	2005
Tunesien	6. März	1998 B	4. Juni	1998
Türkei*	6. März	1998	4. Juni	1998
Turkmenistan	8. Juni	1999 B	6. September	1999
Ukraine	21. April	1994	20. Juli	1994
Ungarn	9. November	1989	1. März	1992
Uruguay	10. August	2001 B	8. November	2001
Usbekistan	25. September	2000 B	24. Dezember	2000
Vanuatu	18. Februar	1999 B	19. Mai	1999
Vereinigte Arabische Emirate*	15. September	2005 B	14. Dezember	2005
Vereinigte Staaten	6. Dezember	1994	6. März	1995
Vereinigtes Königreich*	3. Mai	1991	1. März	1992
Insel Man	8. Februar	1999	7. Mai	1999
Jersey	17. Oktober	2014	17. Oktober	2014
Vietnam	12. Juli	2002 B	10. Oktober	2002
Zypern	2. Februar	2000 B	2. Mai	2000

* Vorbehalte und Erklärungen.

Die Vorbehalte und Erklärungen werden in der AS nicht veröffentlicht. Die englischen Texte können auf der Internetseite der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation (OMI): www.imo.org/ eingesehen oder bei der DV/EDA, Sektion Staatsverträge, 3003 Bern bezogen werden.

